

Zukunft geschehen wird, wenn nämlich das Sowjet-Ultimatum ausläuft. Er hatte aus London die Nachricht mitgebracht, daß sich nun auch die Briten, nach anfänglichem Sträuben, zu der Überzeugung durchgerungen haben, der Landweg nach Berlin sei unter allen Umständen offenzuhalten. Wie immer man den Wert solcher Versicherungen einschätzt, sie reichten aus, den Kanzler zu trösten.

Die Nato-Strategen, unter ihnen General Heusinger, halten freilich von harten Reaktionen zu Lande vorerst nicht viel, sondern erklären rundheraus, ein Versuch, den Landweg nach Berlin freizukämpfen, also einen begrenzten Krieg in Deutschland zu führen, sei militärischer Unfug, denn dabei würden zwangsläufig die wenigen Nato-Divisionen ohne nennenswerte Erfolgschance verheißt.

Um solche Bedenken auszuräumen, hat Dulles einen Plan entwickelt, der — nach einigen Umwegen am Anfang — die Phase des begrenzten Krieges überspringt und direkt in den Atomkrieg mündet. Nach diesem Plan, der inzwischen das Placet aller beteiligten Regierungen hat, wird der Westen so prozedieren:

- ▷ Eine Übertragung der Kontrollbefugnisse auf den Zufahrtswegen nach Berlin auf die DDR wird so lange ignoriert, als damit keine Änderung der gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse verbunden ist.
- ▷ Bei der geringsten Störung des Verkehrs durch DDR-Organen wird ein leicht bewaffneter Konvoi in Marsch gesetzt, der sich gegen Belästigungen — etwa Durchsuchungen — wehren, bei ernsthaftem Widerstand aber umkehren soll. Wird der Konvoi zur Umkehr gezwungen, so soll die Uno-Vollversammlung aufgefordert werden, die Sowjet-Union zu verurteilen und ihr die Freigabe der Zufahrtswegen aufzuerlegen.
- ▷ Nützt das nichts, dann beginnt — mit dem Versuch eines Panzerdurchbruchs nach Berlin als Auftakt — der große Krieg.

Solche Risiken und der Zwang, ihnen mit größtem Kaliber zu begegnen, werden es dem Westen nicht leicht machen, am Wiener Konferenztisch geschmeidig zu taktieren: Wann immer es ihnen beliebt, können die Sowjets, solange die Konferenz währt, den Hebel Berlin ansetzen. Schon die erklärte Absicht der westlichen Unterhändler, ohne vorher vereinbarte Tagesordnung nach Wien zu reisen und dort Tagesordnungsdebatten zu verweigern, dürfte am Terminkalender der Sowjets scheitern — zumal deren Verhandlungsplan durch die Pression mit Berlin gesichert ist.

In der Berlin-Note hatten die Sowjets gedroht, ihre Kontrollbefugnisse den DDR-Instanzen zu übertragen, sofern nicht bis zum 27. Mai der Status Berlins im Sinne der sowjetischen Vorschläge geregelt worden sei. Chruschtschews Stellvertreter Mikojan modifizierte nach der Rückkehr von seiner Amerika-Reise dieses Ultimatum: Die Frist könne beliebig ausgedehnt werden, wenn nur vor dem 27. Mai Verhandlungen über Berlin begonnen hätten.

Mithin: Die Sowjets können das Thema Berlin, sofern nur einmal — kurz — darüber geredet wurde, zugunsten der weitergespannten Friedensvertragsverhandlungen hinstellen, sie können es aber auch, als Pression, zu jeder beliebigen Zeit wieder hervorholen, ohne daß der Westen dieser Pression etwas anderes entgegensetzen hätte als zwar laute, aber nur bedingt glaubwürdige Drohungen mit dem großen Atomknüppel.

BUNDESKANZLER

So exponiert

Der 65jährige Konditormeister Peter Profitlich aus Rhöndorf am Rhein dürfte mit einiger Wahrscheinlichkeit der einzige deutsche Mensch sein, der heute noch ungestraft als CDU-Ratsherr tätig ist, obwohl er seinem Parteichef, dem Bundeskanzler Konrad Adenauer, dieselbe Aufforderung zustellte, die weiland der fränkische Ritter und Bauernkrieger Götz von Berlichingen einem Abgesandten des deutschen Kaisers ausrichten ließ.

Überbringer dieser Einladung an den Lenker der politischen Geschicke der Bundesrepublik war jedoch im Falle Profitlich nicht, wie in Goethes Schauspiel, ein ungenannter Trompeter, sondern der Kanzler-Filius Georg Adenauer. So kommt es, daß diesmal der Nachwelt die Reaktion des derart verbalinjuriierten Regierungschefs authentisch überliefert werden kann: „Mein Vater war einigermaßen erstaunt, er ist schließlich nicht gewöhnt, daß man in diesem Ton mit ihm verkehrt“, erinnert sich Georg heute.

Daß Peter Profitlich solchermassen respektlos gegen den greisen Kanzler anging, hat seinen Grund nicht nur in der Tatsache, daß Profitlich weit über Rhöndorf hinaus als leicht enthemmtes Original bekannt ist. Hinzu kommt des Kanzlers lebhaftige Abneigung gegen das, was Profitlich als seine Lebensaufgabe ansieht: den Bau einer Drahtseilbahn von Rhöndorfs Marktplatz zu der sagenumwobenen Drachenfelsruine.

Dieses Beförderungsmittel soll einen Zustand abstellen, der nicht nur dem Kaffeehausbesitzer Profitlich, sondern



Seilbahn-Gegner Adenauer
Kanzler Konrads Rosengarten ...

auch den meisten anderen Rhöndorfer Geschäftsleuten seit Jahren an der Seele frisst: die Tatsache, daß an Rhöndorf nicht nur der Rhein, sondern auch der millionenstarke Fremdenverkehrsstrom vorbeifließt.

Die ungeheuren Besuchermassen werden auf der anderen Seite des Drachenfels von der Stadt Königswinter aufgefangen, die ebenso wie Rhöndorf am Fuße des zwar nur 321 Meter hohen, aber am meisten bestiegenen Berges der Welt liegt. Königswinter verdankt seinen Aufstieg zu einem der größten Rummelplätze Europas im wesentlichen drei Umständen:

- ▷ Es liegt in einem geographischen Zentrum der germanischen Sagenwelt.
- ▷ Es erfreute sich im Dritten Reich der tatkräftigen Förderung des Kraftdurch-Freude-Hauptlings Robert Ley, der zeitweise in Königswinter residierte.
- ▷ Von Königswinter führt eine Bergbahn zur Burgruine auf der Spitze des Drachenfels, von der aus man einen der schönsten Ausblicke auf den Rhein hat.

Nach Königswinter streben allsommerlich Millionen Vergnügungssucher aus allen europäischen Nachbarländern, die sich teils an der deutschen Mythologie, zum größeren Teil am billigen Wein betauschen wollen und denen eine florierende Kitsch-Industrie vom Strohhut bis zur Besichtigung eines etwa 14 Meter langen Steindrachens — dessen lebendiges Vorbild Siegfried erschlagen haben soll — alles bietet, woran sich moderne Menschen erfreuen können.

Von diesem lustigen Leben, Treiben und Profitieren bekommt allerdings die Rhöndorfer Geschäftswelt so gut wie nichts ab, obwohl „uns der Drachenfels genauso gehört wie den Königswinterern“ — lamentiert Peter Profitlich. Er hatte deshalb schon im April 1953 im Stadtrat beantragt, eine Seilbahn auf den Drachenfels zu bauen, damit Rhöndorf an den goldenen Möglichkeiten, die der sagenumwobene „Kirmes-Berg“ bietet, ebenso teilhaben kann wie die Königswinterer Nachbarn.

Doch der CDU-Ratsherr Profitlich hatte die Rechnung ohne den Bewohner des Hauses Zennigsweg 8a in Rhöndorf gemacht. In diesem Haus domiziliert Kanzler Konrad Adenauer. In einem ärgerlichen Brief an den CDU-Bürgermeister Mölbert fordert der CDU-Parteichef, der Seilbahn-Antrag möge abgelehnt werden, weil er in Rhöndorf keinen Rummel haben wolle.

Das war leichter gesagt als getan; denn die CDU-Fraktion des Stadtrats war im Gegensatz zur CDU-Bundestagsfraktion nicht bereit, der Stimme ihres Herrn blindlings zu folgen. Die kommunalpolitische Niederlage Adenauers konnte also nur vermieden werden, wenn Profitlich seinen Antrag zurückzog.

„Ich Dötsch han mich breit schlage lasse“, bedauert Profitlich heute denn auch den damaligen Rückzug. Um aber ganz sicher zu gehen, daß der störrische Profitlich nicht doch noch seinen Rummel bekommt, veranlaßte Konrad Adenauer den Regierungspräsidenten in Köln, dem Profitlich für alle Zeiten die Baugenehmigung zu versagen. Regierungspräsident Dr. Rieger erklärte prompt im letzten Sommer anlässlich des 75jährigen Jubiläums der Königswinterer Drachenfelsbahn, daß die Regierung keine Baugenehmigung für eine Drahtseilbahn im Kanzlerwohntort Rhöndorf erteilen werde.

Peter Profitlich mußte also klein begeben. Er konnte nichts weiter tun, als dem Georg Adenauer das Götz-Zitat mit nach Hause zu geben. Dennoch: „Den Plan

für die Bahn han ich ewwer nie auf-gebe.“

Seine neue Chance kam, als am 14. September vergangenen Jahres ein überbesetzter Zug der Königswinterer Drachenfelsbahn aus der Zahnrad-Führung herausprang und talabwärts raste, wobei 17 Menschen den Tod fanden und 112 weitere zum Teil schwer verletzt wurden.

Vier Tage bevor der Bonner Staatsanwalt Engwitz am 30. Januar 1959 öffentlich mitteilte, daß er gegen vier Verantwortliche der Drachenfelsbahn Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung erhoben habe, hatte Profittlich in der „Honnefer Volkszeitung“ dem Bundeskanzler mitteilen lassen, daß er mit seinen Geldgebern eine Gesellschaft gegründet habe, deren Ziel es sei, den Bau der Rhöndorfer Seilbahn auf den Drachenfels vorzubereiten und dann auch durchzuführen.

Profittlich hofft, daß die Diskreditierung der unfallbehafteten Königswinterer Zahnradbahn ihm weitere Befürworter des Seilbahn-Projektes zuführen wird. Außerdem schöpft er Hoffnung aus dem Umstand, daß der Regierungspräsident und Seilbahngegner Rieger inzwischen abgelöst worden ist.

Sofern diese Hoffnung nicht trügt, werden im nächsten Jahr die Besucher des Drachenfels auf der Königswinterer Seite den steinernen Nibelungendrachen besichtigen und bei der Abfahrt mit der Rhöndorfer Seilbahn aus den Gondeln heraus mittels Fernglas den Kanzler beim Rosenschneiden beobachten können. Profittlich: „Mer könne jo nix dafür, dat der Alte so exponiert jebaut hatt.“

FREMDENLIGION

Debatte unerwünscht

Eine besondere Erscheinungsform der von Bundeskanzler Adenauer so gern berufenen deutsch-französischen Schicksalsgemeinschaft war unlängst Gegenstand eines Zwischenspiels im Bundestag, das bemerkenswert still und unauffällig über die Bühne ging:

Das Hohe Haus in Bonn am Rhein akzeptierte einstimmig und ohne Aussprache einen Antrag der SPD, durch den die Bundesregierung aufgefordert wird, „eine vertragliche Regelung mit der Französischen Republik zu treffen, daß deutsche Staatsangehörige, die noch nicht durch Vollendung des 21. Lebensjahres die Volljährigkeit erreicht haben, nicht gegen den Willen der Erziehungsberechtigten bei der Fremdenlegion festgehalten werden dürfen“.

Anlaß zu diesem Antrag war die Tatsache, daß gegenwärtig die überwiegend minderjährigen deutschen Fremdenlegionäre zusammen mit den Fallschirmjägern das Rückgrat der französischen Nordafrika-Armee sind, die seit Jahren einen oft — und zu Recht — als „schmutzig“ bezeichneten Krieg gegen die algerische Freiheitsbewegung führt.

Es war nicht das erste Mal, daß sich der Bundestag mit der Verschleppung minderjähriger Deutscher durch die Behörden des Nato-Partners Frankreich beschäftigen mußte. Das in Bonn wegen der ebenso sakrosankten wie zarten Freundschaftsbande zum westlichen Nachbarn herzlich unbeliebte Thema stand beispielsweise auf der Tagesordnung des Bundesparlaments:

▷ 1951 wegen der Auslieferung aus der Fremdenlegion geflüchteter Deutscher nach Frankreich;



Seilbahn-Förderer Profittlich
... in der Vogelperspektive?

- ▷ 1952 wegen des Grenzzwischenfalls bei Schweigen in der Pfalz, wo sich ein französischer Lastwagen mit 19 jungen Deutschen freie Fahrt nach Frankreich erzwang;
- ▷ 1955 und 1956 wegen der Forderung der Bundesregierung, daß im Suezkanal geflüchtete deutsche Legionäre die Kosten ihrer Rückbeförderung in die Heimat zurückerstatten sollten, und
- ▷ 1956 wegen der Auslieferung von fünf deutschen Deserteuren der Fremdenlegion durch die Südafrikanische Union an Frankreich.

Nennenswerte Erfolge waren diesen parlamentarischen Debatten nicht beschieden. Auch die einstimmige Annahme des jüngsten SPD-Antrags hat allenfalls den Rang einer bescheidenen humanitären Demonstration. Der Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Birrenbach (CDU), der die Vorlage zu begründen hatte, gab sich redliche Mühe, den Sachverhalt zu verniedlichen und sich im übrigen vor Paris dafür zu entschuldigen, daß überhaupt im Bonner Plenarsaal über die Fremdenlegion gesprochen wird.

Birrenbach wünschte sich für die Beratung des Themas Fremdenlegion einen „günstigeren Zeitpunkt“ und hielt es für „nicht opportun“, angesichts der „besonderen Problematik von Algier“ und der außenpolitischen Situation näher auf die Sache einzugehen. Ohnehin sei das Problem der deutschen Fremdenlegionäre nur noch „ein Relikt“ nahezu vergangener Zeiten: denn der Zustrom zur Legion habe mittlerweile nachgelassen.

Immerhin mußte Birrenbach einräumen, daß zur Zeit etwa 15 000 deutsche Staatsangehörige in der Fremdenlegion dienten. Nach vielen „Hört! Hört!“ bei der SPD fügte er hinzu: „Die Ziffer kann größer, aber wohl kaum kleiner sein.“

Daß diese Ziffer in der Tat erheblich größer sein muß, ergibt sich unter anderem aus den Berichten der Algerischen Befreiungsfront (FLN), in denen von 40 000 deutschen Legionären die Rede ist. Das deutsche Generalkonsulat in Algier bestätigt nicht nur diese Angaben, sondern

meint sogar, daß auch diese Schätzung wahrscheinlich noch zu niedrig sei.

Die FLN hat vermutlich — nächst den Franzosen, die eisern schweigen — die besten Unterlagen über den Anteil der Deutschen an der Fremdenlegion: Die Zahlen und die Aussagen der deutschen Deserteure, die sich durch die Flucht nach vorn die Rückfahrkarte in die Heimat sichern wollen. Die FLN unterhält in Marokko eine Art Propagandazentrale, die sich nicht nur damit beschäftigt, deutsche Legionäre zur Desertion anzureizen und ihre Aussagen militärisch auszuwerten, sondern auch um Betreuung und prompte Heimführung der Legionäre bemüht ist. Leiter dieser FLN-Organisation ist ein Berliner, der heute auf den Namen Si Mustafa hört, Moslem geworden ist und „als Algerier fühlt“.

Dank der Aktivität dieses Si Mustafa haben heute deutsche Eltern, die um ihre Kinder in der Fremdenlegion bangen, allen Anlaß, ihre Hoffnung weniger in offizielle Vereinbarungen „im Geiste der Freundschaft“ zwischen der Bundesrepublik und Frankreich als in die Fairneß der sogenannten Rebellen in Algier zu setzen, die sich tatsächlich darum bemühen, der Fremdenlegion glücklich entkommene Deutsche nach Hause in Marsch zu setzen.

Freilich geht es den Algeriern dabei nicht nur um die Menschlichkeit, sondern auch um handfeste militärische Ziele. Si Mustafa schätzt den Anteil der Deutschen in der Legion auf gegenwärtig etwa 80 Prozent; durch erfolgreiche Überlaufpropaganda kann also die Kampfkraft der Legion spürbar geschwächt werden.

Daß diese Rechnung der Algerier ziemlich real ist, bewies der Fall des 4. Infanterie-Regiments der Legion: Es verlor fast die Hälfte seiner Mannschaft durch Desertion und mußte aus dem Kampf gezogen werden. Zur Zeit bemüht sich die FLN um die Heimführung von rund 3800 deutschen Legionären, die zum größten Teil dem 4. Regiment angehörten und nahezu ausnahmslos Minderjährige sind — der Jüngste ist 15 Jahre alt.

Die Übernahme geflüchteter Legionäre — die verschämt als „Deutsche in Not“ bezeichnet werden — durch deutsche Stellen funktioniert fast reibungslos. Die ehemaligen Legionäre müssen allerdings dem Auswärtigen Amt die Kosten für Ausstattung mit Zivilkleidung und Heimreise in Höhe von 400 bis 650 DM erstatten.

Weit schwieriger als auf dem Wege über die FLN ist es, minderjährige Deutsche über die französische Regierung aus dem nordafrikanischen Massaker heimzuholen. Das gelingt zwar in einzelnen Fällen, mehr wäre jedoch auf diesem Wege nur durch einen entsprechenden Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich zu erreichen.

Wie wenig der Bundesregierung daran liegt, den Bündnispartner Frankreich mit einer solchen Vertrags-Offerte zu ärgern, war den Formulierungen des Ausschuß-Berichterstatters Birrenbach vor dem Plenum des Bundestages zu entnehmen. Birrenbach interpretierte den zur Debatte stehenden Antrag derart, daß lediglich „die Erzielung eines Übereinkommens mit der französischen Regierung und nicht notwendigerweise die eines formellen Staatsvertrages gewünscht war...“

Auch mit einem formlosen Übereinkommen, dessen Wirksamkeit ohnehin zweifelhaft ist, wird es noch Weile haben: Der Antrag des Auswärtigen Ausschusses, dem der Bundestag zustimmte, fordert nämlich die Bundesregierung lediglich auf, „in einem nahen, ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt an die französische Regierung heranzutreten...“